



Liebe NRW Jusos,

Mein Name ist Cagatay Maloglu, ich bin 20 Jahre alt und studiere Jura an der Ruhr-Universität-Bochum. Neben meinem Studium arbeite als studentische Aushilfskraft und als Jugendbildungsreferent für den DGB.

1. Kommunales

Meinen Weg in die SPD fand ich über mein Engagement als Schulsprecher, das mir tiefe Einblicke in die Kommunalpolitik ermöglicht hat. Schnell konnte ich mich für die örtlichen Belange begeistern und wollte mitmischen. Aber wenn ich eines in meiner Zeit als Kommunalpolitiker erfahren konnte, dann dass Kommunalpolitik nicht leicht ist. Jeden Montagabend Fraktionssitzung mit einer Männer dominierten Debattenkultur, stundenlange Ausschussvorbereitungen und obendrauf Hassnachrichten im Feed. Das alles ist nicht einfach - auch für mich nicht. Aber ohne junge Menschen, die sich diesem Druck stellen, verlieren wir junge Perspektiven in unseren Innenstädten. Damit diese Perspektiven nicht untergehen, will ich mit meiner Kandidatur eine breite Masse an jungen Menschen für Kommunalpolitik so begeistern, wie auch ich davon begeistert wurde. Hier will ich mit meinen Erfahrungen in der Kommunalpolitik ansetzen.

Warum will ich gerade für die NRW Jusos kandidieren? So schön Kommunalpolitik auch ist, so findet sie ihre Grenzen in den gesetzlichen Rahmenbedingungen. Diese gehen für Kommunen maßgeblich von der Landespolitik aus. Wir sehen die Auswirkungen der Landespolitik nicht zuletzt an der Haushaltslage der Kommunen. Viele Kommunen fallen in die Haushaltssicherung und werden so handlungsunfähig. Zudem sehen wir, dass die Kommunen große Schwierigkeiten haben junge Menschen für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Wir sehen auch, dass Kommunen sich angesichts ihrer stetig größer werdenden Zuständigkeiten überlastet fühlen. Die Kommunen brauchen aufgrund dieser enormen Missstände unsere vollste Aufmerksamkeit. Wir haben als Landesverband die Aufgabe junge aufstrebende Kommunalpolitiker*innen zu bilden und zu empoweren. Zu-dem müssen wir Konzepte weiterentwickeln und konkrete Anknüpfungspunkte schaffen, welche die verschiedenen Bedürfnisse von städtischem, wie ländlichem Raum mitdenken. Unsere Mitglieder müssen mit einem jungsozialistischen Konzept für die Kommunalpolitik ausgestattet werden. Nur so gelingt es uns die Vorherrschaft der konservativen Fraktionen zu zerstören und das Image von Kommunalpolitik aufzubessern. Niedrigschwellige Angebote und Seminare für Einsteiger*innen sehe ich hier als Schlüssel zum Erfolg.

2. Betriebliche Mitbestimmung

Der kommende Landesvorstand wird sich aller Voraussicht nach mit dem Themenschwerpunkt Arbeit befassen und das ist ein enorm wichtiger Schritt! Wir müssen höhere Löhne fordern, niedriger Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich und eine Berufsausbildung, die dem Studium in Nichts nachsteht!

Die betriebliche Mitbestimmung ist ein zentrales Element für die Demokratisierung unserer Wirtschaft. Sie sorgt dafür, dass der Arbeitgeber in vielen Fragen des Arbeitsumfeldes nicht an der Belegschaft vorbeikommt und sie stellt daher ein hohes Gut unseres Arbeitslebens dar. Leider gibt es viele Unternehmungen

den Betriebsrat zu sabotieren und das Gesetz hilft nicht weiter. Ganz zu schweigen von verschiedensten Akteur*innen, die sich für eine Abschwächung des Betriebsverfassungsrechts einsetzen. Wir als Landesverband haben die Aufgabe die Gegenbewegung zu diesem Trend zu sein. Wir müssen zeigen, dass betriebliche Mitbestimmung unabdingbar für eine demokratische Wirtschaft und einen sicheren Arbeitsplatz ist.

Wir müssen klarstellen: Zukunft geht nur mit dem Betriebsrat! Hierfür müssen wir mit Betriebsräten in Kontakt kommen, uns mit den alltäglichen Hindernissen der Betriebsratsarbeit befassen und Lösungen entwickeln. Ein gutes Beispiel hierfür ist die steigende Tendenz zur Überwachung am Arbeitsplatz. Durch KI und andere technische Einrichtungen versuchen Arbeitgeber*innen immer mehr Daten ihrer Arbeitnehmer*innen zu erfassen und grotesk einzusetzen. Schon jetzt gibt es Systeme, die eine mögliche Kündigung oder Beförderung anhand der Performance am Rechner festmachen. Ein guter Betriebsrat kümmert sich hier natürlich schnellstmöglich um eine Betriebsvereinbarung, die so etwas verhindert. Solche Sachverhalte zeigen die enorme Bedeutung der betrieblichen Mitbestimmung auf wir sollten sie hervorheben!

Zu meinem Glück konnte ich im Rahmen meiner Arbeit als Jugendbildungsreferent für den DGB und im Rahmen meiner studentischen Tätigkeiten im Betriebsverfassungsrecht bereits gemeinsam mit Betriebsräten arbeiten und einzigartige Erfahrungen in diesem Bereich sammeln, um mit diesen Erfahrungen den Verband zu bereichern.

3. Klimaschutz

Klimaschutz ist ein Thema, das in unserem Verband verstummt, obwohl Klimaschutz wesentlich mehr Aufmerksamkeit braucht und verdient. Das gilt aber nicht nur für uns sondern auch für unsere Mutterpartei. Bei der Europawahl konnten wir sehen, dass Klimaschutz eher ein Randthema wurde und das trotz seiner immensen Bedeutung. Klimaschutz braucht in unserem Verband eine Stimme!

Gleichzeitig müssen wir betonen, dass in diesem Bereich auch den Kommunen eine enorme Verantwortung zukommt, bei der sie dringende Unterstützung bedürfen. Man denke dabei an die kommunale Wärmeplanung oder die Sanierung öffentlicher Gebäude. Immer mehr Bedeutung gewinnt in diesem Kontext der Hitzeschutz und damit einhergehend auch die Versiegelung von Grünflächen. Man merkt schnell, dass Kommunales und Klimaschutz Hand in Hand geht. Keine Ausschusssitzung geht vorüber, in der nicht einmal die Frage fällt: „Können da auch PV-Anlagen drauf???“ So wichtig und berechtigt diese Frage auch ist, umso mehr müssen wir als Verband sehen können, dass Klimaschutz mit PV-Anlagen auf dem Flachdach noch lange nicht getan ist.

Das zentrale Thema unserer Zeit ist die ökologische Transformation unserer Wirtschaft. Ohne die ist effektiver Klimaschutz nicht möglich. Doch auch hier darf die Perspektive der Arbeitnehmer*innen nicht missen. Richtig geraten! Die Betriebliche Mitbestimmung nimmt auch hier eine Schlüsselposition ein. Sozialpartnerschaften müssen gewahrt werden und nur so kann Klimaschutz für Arbeitnehmer*innen als Chance, statt als Belastung, verstanden werden. Wenn jemand die Verbindung zwischen diesen beiden Themen aufzeigen kann, dann ist es unser Verband und das möchte ich so auch weiterhin in die Öffentlichkeit tragen, denn Klimaschutz ist für unsere Kommunen und die Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes essentiell. Ohne eine gelungene ökologische Transformation fehlen unseren Betrieben die Wettbewerbsfähigkeit und das ist weder im Interesse unserer Gesellschaft, noch von Arbeitnehmer*innen.

Und damit: Freund*innenschaft und Glück auf!